

Medienkonferenz Kompetente Alltagsarbeit – zukunftsweisende Akzente
Zwei Jahre Regierungsmehrheit von SP und Grünen trägt Früchte

4. April 2008

Blaise Kropf, Co-Präsident Grüne Kanton Bern

Es gilt das gesprochene Wort

Mit Ausgewogenheit und Kompetenz zum Erfolg

Am 9. April 2006 wurden mit Barbara Egger, Philippe Perrenoud, Bernhard Pulver und Andreas Rickenbacher vier rotgrüne Regierungsmitglieder gewählt. Kaum jemand hatte mit diesem Resultat gerechnet. Der Umstand, dass die bürgerlichen Parteien ihre Parlamentsmehrheit verteidigten, verlieh dem Wahlresultat zusätzliche Würze. Viele Kommentatoren fragten, wie sich die rotgrüne Regierung im bürgerlich geprägten Kanton positionieren und wie sich die neue Cohabitation auswirken werde.

Nach zwei Jahren ist Zeit für eine Zwischenbilanz. Diese ergibt ein gutes Resultat. Der Regierungsrat macht in der neuen Zusammensetzung nicht alles anders, aber vieles besser. Ich möchte drei Punkte hervorheben: Erstens die Loslösung der Politik aus der Umklammerung durch eine mechanistische Finanz- und Sparpolitik; dies hat einen bemerkenswerten Wandel der Grundstimmung im Kanton ermöglicht. Zweitens die konsequente Ausrichtung der Politik auf die Nachhaltigkeit, und drittens die konsensorientierte Arbeit der Regierung. Mit diesen Elementen findet die Regierung viel Anklang, so dass es oft selbst Gegnern schwer fällt, sie substantiell zu kritisieren.

Positive Grundstimmung dank vielfältiger Politik

Als der Regierungsrat 2006 seine Arbeit aufnahm, präsentierte sich Bern als Kanton, der im Schuldensumpf der 1990er Jahre steckengeblieben war und kaum Dynamik zu entfachen vermochte. Ausdruck fand diese Grundhaltung in einem innovationsfeindlichen Primat der Finanzpolitik. Seit dem Amtsantritt der neuen Regierung hat diese lethargische Grundhaltung einer wohlthuenden Aufbruchstimmung Platz gemacht. Politik besteht im Kanton Bern seither wieder aus verschiedenen Teilpolitiken – und nicht mehr ausschliesslich aus Finanzpolitik. Für diesen Kurswechsel war es höchste Zeit; nur so ist eine zukunftsfähige Entwicklung des Kantons möglich.

Die Regierung der Nachhaltigkeit

Unverkennbare Spuren hat die Regierung mit ihrer Ausrichtung auf das Konzept der Nachhaltigkeit gelegt. Mit der im Richtlinienbericht erfolgten Festlegung der *Nachhal-*

tigen Entwicklung als Grundmaxime ermöglicht der Regierungsrat, dass die Bedürfnisse der heutigen Generationen erfüllt werden können, ohne die ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ansprüche künftiger Generationen zu gefährden. Dass die Regierung ihre Tätigkeit unter die Grundmaxime der nachhaltigen Entwicklung stellt, hat nicht nur für den Kanton Bern Innovationswert. Der Regierungsrat nahm damit ein Konzept auf, welches in den kommenden Jahren weltweit zu einem der dominierenden Paradigmen der Politik werden dürfte. Es ist erfreulich, dass der Kanton Bern hier vorangeht.

Ausgewogenheit und Kompromissbereitschaft

Wenn die nachhaltige Entwicklung die eine Seite der Medaille ist, so ist die sachliche, kompromissorientierte Arbeitsweise der Kantonsregierung die andere Seite. Wir wollen nicht verschweigen, dass wir uns aus rotgrüner Parteiperspektive in Einzelfällen ein pointierteres Auftreten des Regierungsrates hätten vorstellen können. Dies gilt zum Beispiel für die Umsetzung der Bundesvorgaben bei den Familienzulagen. Hier wäre aus familienpolitischen Gründen und aus Erwägungen der interkantonalen Standortattraktivität eine höhere Bemessung der Familienzulagen erstrebenswert gewesen. Angesichts der politischen Rahmenbedingungen ist das konsensorientierte Vorgehen des Regierungsrates aber sinnvoll. Die Volksabstimmung über den Volksvorschlag zur Steuergesetzrevision zeigt auf, dass ausgewogene Vorlagen mit rotgrünen Akzenten auch in umstrittenen Politikbereichen mehrheitsfähig sind. Diese Erkenntnis ist für die künftige Kantonspolitik von grosser Bedeutung.

Zu Beginn der Legislatur war die Befürchtung geäussert worden, dass die geteilten Mehrheitsverhältnisse lähmende Auswirkungen haben könnten. Heute stellen wir fest, dass diese Befürchtung unbegründet war. Allerdings ist der Konsenswille bei der Regierungsmehrheit weit grösser als bei der bürgerlichen Parlamentsmehrheit. Dies wurde etwa bei der Steuergesetzrevision sichtbar: Während der Regierungsrat die Vorarbeiten der alten Regierungsmehrheit übernahm, beschloss der Grosse Rat zusätzliche Entlastungen für die Reichen – und fiel damit in der Volksabstimmung prompt auf die Nase. Augenfällig war die bürgerliche Konfrontationspolitik auch in der Energiepolitik: Obwohl der Grosse Rat die Energiestrategie widerspruchlos entgegengenommen hatte, verhinderten die bürgerlichen Parteien später das Eintreten auf das Energiegesetz. Fazit: Es wäre wünschbar, wenn die Kompromissfähigkeit des Regierungsrates vermehrt von der Parlamentsmehrheit erwidert würde.

Stabile Finanzen als Grundlage für Verbesserungen

Um den Kanton Bern attraktiver zu machen und Leistungsangebote verbessern zu können, braucht es finanzielle Ressourcen. Deshalb hat die rotgrüne Regierungsmehrheit auf eine nachhaltige Finanzpolitik geachtet. Dies zeigt sich an den guten Rechnungsabschlüssen der letzten beiden Jahre. Die Rechnungsergebnisse zeigen darüber hinaus, dass sich eine stabile Finanzpolitik durchaus mit Verbesserungen des Leistungsangebots und fairen Arbeitsbedingungen verträgt. Nachdem sich das Berner Kantonspersonal während Jahren mit einer Beschränkung des Lohnsummenwachstums auf 1% zufrieden geben musste, ermöglichte die neue Regierungsmehrheit konjunkturgerechte, höhere Lohnabschlüsse.